

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Dorfbewegung Brandenburg e.V. – Netzwerk Lebendige Dörfer

1. Wie wird Ihre Landtagsfraktion die Dorfbewegung Brandenburg in der kommenden Legislaturperiode unterstützen?

Die LINKEN im Land Brandenburg wertschätzen die Arbeit der Dorfbewegung. Es gibt einen guten Kontakt, inhaltliche Abstimmungen und eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten. Wir haben viele Anregungen und Positionen der Dorfbewegung in die Arbeit der Enquetekommission „Ländliche Räume“ einfließen lassen. Wir wollen diese Zusammenarbeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. Eine strukturelle Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in den Dörfern legt die Grundlage für eine aktive Dorfbewegung.

2. Mittelfristig plant die Dorfbewegung Brandenburg ein landesweit ausgerichtetes „Parlament der Dörfer“ nach skandinavischem dem Vorbild. Wären Sie bereit, ein derartiges Vorhaben direkt und durch Ihre Teilnahme zu fördern?

Ein klares „Ja!“ Das „Parlament der Dörfer“ ist aus unserer Sicht sehr geeignet, den Belangen der ländlichen Räume eine Stimme und mehr Gewicht zu geben.

3. Auf EU-Ebene vertritt die Dorfbewegung Brandenburg Deutschland im Europäischen Parlament der Dörfer. Würden Sie das Engagement der ehrenamtlich Aktiven aus Brandenburg aktiv unterstützen?

Das ehrenamtliche Engagement von Brandenburgerinnen und Brandenburgern im Europäischen Parlament der Dörfer verdient unsere Unterstützung. Was genau getan werden kann, muss im Einzelnen geklärt werden. Wir sind für entsprechende Abstimmungen offen.

4. Welche Konsequenzen für die kommende Legislaturperiode ziehen Sie aus dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“?

DIE LINKE steht für eine konsequente Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission. Wichtige Elemente dabei sind:

- die Verbesserung der Wertschöpfung im ländlichen Raum beispielsweise durch regionale Wirtschaftskreisläufe und Verarbeitung und Vermarktung heimischer Produkte,
- die Sicherung der sozialen und technischen Infrastruktur unter Nutzung innovativer Ideen, beispielsweise in den Bereichen Mobilität, digitale Anbindung, Wasserwirtschaft, Nahversorgung, gesundheitliche Versorgung, Schule und Kita, Kultur,
- die Erweiterung des Handlungsspielraums für Ortsteile in finanzieller und politischer Hinsicht, die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern.

5. In welcher Form sehen Sie eine Fortsetzung der Politik für die ländlichen Räume in Brandenburg in der kommenden Legislatur?

Die Empfehlungen der Enquetekommission bilden die zentrale Leitlinie für die Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Es muss gewährleistet werden, dass sie nicht in Vergessenheit geraten oder hinter konkurrierenden Interessen zurücktreten. Um dies zu gewährleisten soll eine Landesstrategie für den Ländlichen Raum erarbeitet werden, die in Zusammenarbeit der für die verschiedenen Bereiche zuständigen Ressorts umgesetzt werden muss. Denkbar wäre beispielsweise auch ein regelmäßiger Fortschrittsbericht der Landesregierung, der den Stand der Umsetzung nachvollziehbar macht.

6. Wie soll sich Ihrer Meinung nach die europäische Förderpolitik für die ländlichen Räume weiterentwickeln?

Die europäischen Förderprogramme für den Ländlichen Raum haben sich inhaltlich bewährt, sie müssen fortgesetzt werden. Allerdings gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung der Programme. Die Verfahren müssen entbürokratisiert werden, indem sich die Abrechnung der Projekte an den erzielten Ergebnissen orientiert und nicht an detaillierten Verfahrensvorgaben. Dann könnten die Mittel wesentlich effektiver zur Förderung des Ländlichen Raumes eingesetzt werden. Die Bundesförderung für den ländlichen Raum (GAK-Förderung) soll in Brandenburg zur Anwendung kommen und verstetigt werden. Um sie besser einsetzen zu können, sollten mehrjährige Förderungen möglich sein.

7. Wie sehen Sie künftig das Zusammenspiel der Umwelt- und Agrarpolitik in Brandenburg?

Umwelt- und Agrarpolitik bilden keinen Gegensatz, sondern eine Einheit. Wirtschaftliche Entwicklung wird auf Dauer nur nachhaltig und umweltverträglich funktionieren. Ebenso müssen wir darauf achten, dass Umwelt und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden. Agrarförderung muss letztendlich gemeinwohlorientiert sein.